



Ferdinand Karnath

Bundesvorsitzender der Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV)

Geschäftssitz der Partei: Landsberger Allee 220, 10367 Berlin

Gerichtspräsident des Amtsgerichtes Tiergarten

Herr Alois Wosnitzka

Turmstrasse 91

10548 Berlin

Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die zuständige Richterin und den zuständigen Staatsanwalt und Strafanzeige wegen des Verdachtes der Strafvereitelung im Amt zum Strafbefehlsverfahren vom Datum, Aktenzeichen: (Istunsbekannt/15) Istunsauchbekannt/15 (istbekannt/15)

Ferdinand Karnath

Berlin, den Datum

Werter Herr Gerichtspräsident Wosnitzka,

bezugnehmend auf die Hauptverhandlung zum Strafbefehlsverfahren vom Datum gegen den Unterzeichner als Angeklagten zum Aktenzeichen:

(Istunsbekannt/15) Istunsauchbekannt/15 (istbekannt/15)

moechte der Unterzeichner hiermit primaer Namens und im Auftrag der Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) als amtierender Bundesvorsitzender, und sekundaer, als momentan konkret betroffene Privatperson, hiermit eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die zustaeendige Richterin und den zustaeendigen Staatsanwalt fuer das oben angegebene Strafbefehlsverfahren und die dazu auf den Datum anberaumte Hauptverhandlung erheben.

Parallel moechte der Unterzeichner Sie darum bitten, den Verdacht einer kollektiven mehrfachen Strafvereitelung im Amt durch die vorgenannte Richterin und den vorstehenden Staatsanwalt zu pruefen.

Begrueundung

Am Datum, gegen XX.XX Uhr, hatte der Unterzeichner als Angeklagter zum obigen Aktenzeichen auf Grund seines fristgerechten Einspruches vom Datum die Hauptverhandlung im Saal Y XXX des Amtsgerichtes Tiergarten.

Im Vorlauf der Anberaumung der Hauptverhandlung ging der zustaeendigen Richterin und dem zustaeendigen Staatsanwalt, neben dem fristgerechten Einspruch, der persoendlich in der Geschaefsstelle abgegeben wurde, eine Ergaenzungs- und Abschlussbegrueundung auf dem Postweg per Einwurfeinschreiben und Einschreiben/Rueckschein zu.

Der fristgerechte Einspruch ist auf den Datum, die ergaenzende Begrueundung dazu auf den Datum, und die abschliessende Einlassung auf den gesamten Vorgang auf den Datum datiert.

Alle drei Schriftsaetze finden Sie im Anschluss an dieses Begleitschreiben zur Dienstaufsichtsbeschwerde und Strafanzeige von Amts wegen als Anlage angefuegt.

Das Verhalten dieses Gerichtes gegenueber dem Angeklagten liess in Bezug auf das ganze Verfahren die Beachtung rechtsstaatlicher Grundsaeetze in der gesamten Bandbreite vermissen. Die hier vorgetragenen Vorwuerfe tangieren dabei nicht die Unabhaengigkeit der in Rede stehenden Richterin nach Art. 97 GG, weil auch diese sich an das auch fuer sie geltende Recht und daraus abgeleitete Gesetz halten muss. Der Unterzeichner geht in concreto davon aus, dass es eine Vorverurteilung seiner Person als zunaechst Beschuldigter und dann nachfolgend auch als Angeklagter als sogenannter „Reichsbuerger“ gab. Bloss weil Dritte dies entgegen des Wesens des Unterzeichners und der tatsaechlichen Gesamtumstaende so auf den Beschwerdefuehrer anwenden, selbst wenn es sich dabei (noch) um Sicherheitsbehoerden wie dem polizeilichen Staatsschutz geht, ist die dritte Staatsgewalt dem Grundsatz der politischen und daraus folgend die Richterin der persoenlichen Neutralitaet unterliegend und darf derartige Kategorisierungen zum Nachteil eines Betroffenen nicht widerspruchsls ueber- oder hinnehmen.

Allein die Art der Befragung des Angeklagten durch die Richterin nach seinen Einkommensverhaeltnissen liess auch fuer absolut unbeteiligte Dritte, in diesem Fall als Zuhoeer, darauf schliessen, dass in jedem Fall von einer Verurteilung, und mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit und sogar damit einhergehend von einer wesentlich hoeheren Strafzahlung im angesprochenen Strafbefehlsverfahren ausgegangen werden konnte. Es stand durchgehend der feste Eindruck im Raum, dass das Urteil bereits zu Ungunsten des Angeklagten durch die Richterin im Einvernehmen mit dem Staatsanwalt feststand. Eine solch eindeutig erkennbare Offenkundigkeit einer Vorverurteilung, schon durch aussenstehende Dritte als Zuhoeer im Saal, wirft berechtigt die Frage nach dem Fehlen der erforderlichen Rechtsstaatlichkeit auf.

Aber auch die Erhebung der Anklage und der durch die Richterin stattgegebene Antrag auf Strafbefehl durch den bearbeitenden Staatsanwalt waren fuer den Angeklagten als Unterzeichner mehr als befremdlich, aber die Hauptverhandlung fuer sich genommen war jedoch noch belastender Art fuer diesen, weil allein durch das Verhalten und die an den Tag gelegte Verfahrensfuehrung eine Besorgnis der Befangenheit, sowohl bei der Richterin als auch bei dem zustaeendigen Staatsanwalt des Verfahrens, angenommen werden musste.

Es erfolgte die Eroeffnung der Verhandlung, bei der festgestellt wurde, dass der einzige geladene Zeuge, der Strafantragsteller als Belastungszeuge, bei Aufruf noch nicht erschienen war.

Schon die Verlesung der Anklageschrift durch den hier angegriffenen Staatsanwalt war eine weitere Zumutung fuer alle sonstigen Anwesenden im Saal, ausser der Richterin selbst, weil die Verlesung im bewussten und gewollten „Eiltempo“ erfolgte und auf Grund dessen auch die Aussprache und Wiedergabe absolut unversaendlich war. Man hatte den Eindruck, dass der Staatsanwalt wie „mit einer Kartoffel im Mund“ die Anklageschrift verlas und dabei einen Rekord im Schnellessen eines Schriftsatzes versuchte anzustreben. Der Unterzeichner kannte den Inhalt der Anklageschrift bereits durch seine umfangreiche Vorbereitung und verzichtete deshalb auf eine zeitnahe Ruege des in Rede stehenden Staatsanwaltes. In jedem Fall war dieses Verhalten fuer sich bereits respektlos gegenueber dem Angeklagten und waere von der Qualitaet eher einer satirischen Theaterauffuehrung zuzuordnen gewesen, als einem ernsthaft arbeitenden Gericht.

Als dem Unterzeichner danach als Angeklagter das Wort erteilt wurde, musste dieser zuvoerderst den Anklagesatz und dessen unzutreffenden Bezug auf den Inhalt des Beweismittels, hier den Schriftsatz vom Datum, siehe Akteninhalt, ruegen. Die Ruege war rechtlich anscheinend dermassen schwerwiegend, dass die Richterin, offensichtlich gegen ihren und ganz offensichtlich auch gegen den Willen des mit ihr kooperierenden Staatsanwaltes, den angesprochenen Schriftsatz verlas. Die den Schriftsatz eindeutig ablehnende und negativ bewertende Koerpersprache des Staatsanwaltes, insbesondere entaeussert ueber die ins Auge fallenden Kopf-, Gesichts- und Handgesten, die zeugenschaftlich alle zu bestaetigen sind, wie durch den Zuhoerer, Herrn

Istunsbekannt,

Anschrift verfuegbar,

und den Angeklagten selbst als Unterzeichner, widersprach jeglichem angemessenen Verhalten eines Beteiligten vor einem deutschen Strafgericht und haette bei gleichem ungebuehrlichen Verhalten durch den Angeklagten sicherlich zu einer entsprechenden Ordnungsstrafe zu dessen Nachteil durch das verhandelnde Gericht gefuehrt.

Um einerseits den Staatsanwalt zu entlasten und andererseits von der zulaessigen Verfahrensruege bewusst abzuweichen, bat die Richterin ueberraschend darum, durch den Angeklagten erklart zu bekommen, warum er den Strafanzeigenden als „Gestapo“ bezeichnet hat, obwohl zuvor durch diesen schon darauf hingewiesen wurde, dass es im Beweisschriftsatz „wie die Gestapo“ hiess.

Die Richterin erteilte dem Angeklagten somit im Rahmen der Strafprozessordnung zum Hauptverfahren „das Wort“.

Der Unterzeichner hatte als Angeklagter aber noch gar nicht richtig begonnen und ausfuehren koennen, wie seine Wortwahl zustande kam, und deshalb auch nicht glaubhaft darlegen koennen, dass es sich um keinen Umgehungstatbestand der angeblichen Beleidigung handelte, als ihm mehrmals von der Richterin ins Wort gefallen wurde, dies unterstrichen mit der woertlichen Feststellung, „es bliebe bei einer Beleidigung“ des Strafanzeigenden und „man wuerde mit ihm nicht weiter ueber den Begriff „Gestapo“ diskutieren wollen“. Die Richterin entzog dem Unterzeichner als Angeklagten damit schneller das Wort, als dieser auf die Uhr schauen konnte, obwohl dieser nach den rechtsstaatlichen Grundsuetzen des „Rechtes auf Gehoer“ und der Einhaltung eines „fairen Verfahrens“ seine vollstaendige Einlassung haette vortragen koennen muessen, um diese erst im Anschluss durch das Gericht widerlegt zu bekommen.

Es waren ca. zwanzig Minuten seit der Eroeffnung der Hauptverhandlung vergangen und der einzige Belastungszeuge der Anklagebehoerde, der Strafanzeigende, erschien im-

mer noch nicht. Nun wurde durch den Angeklagten darauf hingewiesen, der Umstand behandelt, dass der Zeuge noch fehlt, und man lehnte ueberraschend und zuegig eine Vertagung des Termins ab und stellte das Verfahren, nach Einholung des erforderlichen Zugestaendnisses durch den Angeklagten, nach Paragraph 153 StPO ein.

Der Unterzeichner stimmte an Verhandlungstag der Einstellung nur deshalb zu, weil er sich einerseits bei einer Vertagung den weiteren Termindruck und andererseits im Falle einer von ihm erwarteten Verurteilung die zeitlich noch spaetere Berufungsverhandlung ersparen konnte, zumal er durch die vorausgehende Akteneinsicht nun endlich im Besitz der ladungsfahigen Anschrift des Strafanzeigenden ist, die es ihm ermoeeglicht, gegen den Anzeigenden, insbesondere zivilrechtlich und parallel trotzdem strafrechtlich, vorgehen zu koennen.

Vorstehende Hauptverhandlung haette sich der Unterzeichner sehr gern gewuenscht gehabt, dass diese vollstaendig stattgefunden haette, da der Angeklagte alle ihn entlastenden Beweismittel haette dem Gericht vorlegen koennen. Der Strafanzeigende waere im Ergebnis in einer sauber und nach rechtsstaatlichen Gesichtspunkten gefuehrten Verhandlung seiner vorgeworfenen Straftaten durch den Unterzeichner ueberfuehrt worden.

Der Unterzeichner hatte die Richterin in seinen Schriftsaetzen bereits vorgewarnt und diese auch ausdruecklich darauf hingewiesen, ihn nicht als sogenannten „Reichsbuerger“ abzuhandeln, bzw. zu behandeln. Dem Ersuchen sind die zustaeendige Richterin und der zustaeendige Staatsanwalt nach der Gesamtlage zu urteilen, jedoch nicht nachgekommen, somit sich nun unstreitig rechtliche Folgewirkungen zu deren Ungunsten ergeben.

Zunaechst moechte der Unterzeichner diejenigen rechtlichen Verfahrensruegen vorbringen, die ihm durch den Abbruch der Hauptverhandlung nicht moeglich waren, dem handelnden Gericht vorzutragen. Es geht dabei um die „foermliche Zustellung“ des in Rede stehenden Strafbefehls, der dem Unterzeichner nicht ausgehaendigt, sondern nur in den Briefkasten eingelegt wurde, weil der Unterzeichner im Austragungszeitpunkt nicht in der Wohnung aufhaeltlich, sondern in seinem Gewerbebetrieb war. Angesichts der Tatsache, dass dieser Strafbefehl an eine Rechtsmittelfrist von nur zwei Wochen

gebunden war, bestand zum Nachteil des Unterzeichners die Moeglichkeit einer Verwirrung der Einspruchsmoeglichkeit gegen den Strafbefehl durch Verlust des Strafbefehles als Schriftstueck, aus vom Unterzeichner nicht vertretbaren (Rechts-)Gruenden.

Ferner erfolgte auch die „foermliche Zustellung“ der Ladung zur Hauptverhandlung an den Unterzeichner nur in der Weise, dass diese lediglich in den Briefkasten eingelegt und nicht an diesen direkt ausgehaendigt wurde. Im Falle eines Verlustes des Briefes, haette es ein unentschuldigtes Fernbleiben zum Nachteil des Angeklagten gegeben, das der Unterzeichner gar nicht haette aus tatsaechlichen und rechtlichen Gruenden vertreten muessen. Mittlerweile gibt es eine gefestigte Rechtsprechung dahingehend, dass das blosses Einlegen einer solch rechtlich erheblichen Mitteilung in den Briefkasten nicht den Grundsuetzen eines Rechtsstaates entspricht.

Desweiteren wurde dem Unterzeichner schon im Vorfeld bei der persoenlichen Abgabe des Einspruches gegen den Strafbefehl in der Geschaefsstelle am Datum eine Eingangbestaetigung der annehmenden Bediensteten auf der Kopie des Originals, trotz Hinweises auf die Bedeutung der Bestaetigung eines derart wichtigen Rechtsmittels, einfach verweigert. Eine nachfolgende schriftliche Eingangsbestaetigung, wie von dieser Bediensteten muendlich und unter Zeugen zugesagt, ist bis heute **nicht** bei diesem eingegangen. Erst auf der Ladung zur Hauptverhandlung war schliesslich vermerkt, dass es einen fristgerecht eingelegten Einspruch seitens des Unterzeichners gegeben hat. Bis dahin bestand fuer den Unterzeichner als Angeklagten ohne Not eine voellige Rechtsunsicherheit.

Darueber hinaus konnte auch nicht auf die Moeglichkeit des „falschen Adressaten“ durch den Unterzeichner hingewiesen werden, welches sich auch prozessrelevant haette auswirken koennen. Im Nachhinein unterstreicht das Herunterbrechen des Angeklagten in diesem Verfahren durch das zustaeendige Gericht von seiner Funktion als Bundespartei-vorsitzenden der „DNV“, und damit als ordentliches Organ eines politischen Vereins, auf eine reine Privatperson, den Vorwurf des Unterzeichners, dass die Verfolgung seiner Person als Privatmann durch den Strafanzeigenden tatsaechlich nicht in der Sache der politischen Auseinandersetzung, wie sogar vom BVerfG gefordert, sondern nur der wis-sentlichen und gezielten Diffamierung in der Oeffentlichkeit getragen wurde. Auf Grund dieser Konstellation greift dann aber auch die Rechtfertigung des Unterzeichners be-

gruendet durch, den Strafantragsteller durch den Schriftsatz vom Datum erfolgreich aus der Anonymitaet herausbekommen zu haben und der bislang nicht aufklaerbaren Straftaten zum Nachteil des Unterzeichners ueberfuehren zu koennen.

Ergaenzend ist zu konstatieren, dass der Unterzeichner bis heute noch kein Einstellungsschreiben zu seinem abgebrochenen Verfahren erhalten hat. Diese nicht zeitnahe Bearbeitung scheint der Normalzustand in Ihrer Behoerde geworden zu sein, denn es gibt weitergehende Beschwerdegruende mit rechtlicher Relevanz, die der Unterzeichner Ihnen an dieser Stelle im Besonderen vortragen moechte.

Zuvoerderst sei erwaehnt, dass es auf alle drei Einspruchsbegrueendungen bis heute keine Erwidderung oder eine Eingangsbestaetigung gab. Insofern stellt der Unterzeichner begruendet darauf ab, dass die Verurteilung seiner Person als Angeklagter bereits im Voraus feststehend gewesen sein muss. Im Vergleich zum Staatsanwalt, Herrn **Ist-unsbekannt**, im Fall des Ermittlungsvorganges in der Beiakte zu diesem Vorgang, wurde das andere Verfahren bereits in Ermangelung des Vorliegens des objektiven Tatbestandes von diesem eingestellt. Grundlage dessen war, wie in diesem Fall, die umfangreiche juristisch tragfaehige Rechtfertigung des Unterzeichners fuer das

„Herauslocken des politisch linksextremistischen Heckenschuetzen“,

in concreto hier des Strafanzeigenden, durch einen sogenannten Lockbeitrag als dritter Versuch in Folge, der zwar als grenzwertig angesehen werden kann, aber keine strafrechtlich relevante Rechtswidrigkeit bedingt, weil der Unterzeichner zu seiner Entlastung alle erforderlichen Beweismittel fuer seine Behauptungen vorbringen kann. Gleiches gilt fuer das weitere Verfahren wegen angeblichen „Totschlags in der Ukraine“, das ebenfalls zur Einstellung gelangte.

Ihre Staatsanwaltschaft muss sich nun den berechtigten Vorwurf von Seiten des Unterzeichners gefallen lassen, diesen zu **k e i n e r** Zeit weiter befragt zu haben – wobei eine schriftliche Abfrage bereits ausgereicht haette. Ferner muss sich Ihre Staatsanwaltschaft den Vorwurf gefallen lassen, keine Gesamtabwaegung des Hintergrundes und der Moti-

vation des Angeklagten vorgenommen zu haben, obwohl der hier rechtlich angegriffenen RichterIn und dem angegriffenen Staatsanwalt alle Fakten dargelegt wurden.

Dieser Vorwurf speist sich auch aus dem Vorliegen der Tatsache, dass dem Unterzeichner als Beschuldigten im hier angegriffenen Verfahren eine vorherige Akteneinsicht bzw. die Herausgabe der erst jetzt erlangten ladungsfähigen Anschrift des Anzeigenden, der nach wie vor fuer den Unterzeichner identisch ist mit dem Strafanzeigenden aus dem von Staatsanwalt **Istunsbekannt** eingestellten Verfahren wegen angeblicher Gewaltdarstellung, rechtswidrig verweigert wurde, siehe das Antwortschreiben der Staatsanwaeltin, Frau **Istunsbekannt** vom Datum zum Aktenzeichen **XXX JS XXX/15**. Der Strafbefehl ist in der in Rede stehenden Sache erst am Datum ergangen, somit haette der Unterzeichner zum Verfahren noch 20 Tage lang rechtlich wirksame Schritte gegen den Strafanzeigenden gehen koennen, die am Ende sogar die Einstellung des Verfahrens nach Paragraph 170 II StPO bedingt haetten. Der Unterzeichner geht im konkreten Fall von einer entsprechend negativen (Vor-)Beeinflussung der sachbearbeitenden Staatsanwaeltin durch die seine Anfrage weiterleitende Polizeidienststelle aus.

Im ersten Instanzenzug seines Strafverfahrens am Amtsgericht Tiergarten konnte sich der Unterzeichner durchgehend selbst rechtlich verteidigen, so die Ablehnung seiner Anforderung zur Uebermittlung der ladungsfähigen Anschrift, die Wochen spaeter selbstverstaendlich wurde, im Rahmen des ihm zustehenden Akteneinsichtsrechtes unzu-laessig war. Der Herausgabe der Anschrift entgegenstehende rechtliche Gruende waren und sind selbst im Nachgang nicht ersichtlich, ausser, Ihre Staatsanwaltschaft wollte den Strafanzeigenden weiter vor einem rechtlichen Zugriff durch den Unterzeichner schuetzen.

Dieser unzu-laessige Schutz eines dringend Verdaechtigen kommt aber einer Strafver-eitelung im Amt gleich, denn Ihr Staatsanwalt, Herr **Istunsbekannt**, musste bereits ein Ermittlungsverfahren gegen den im Verfahren gegen den Unterzeichner massgeblichen Strafantragsteller einstellen, weil er diesen nicht identifizieren und dessen ladungsfähige Anschrift ermitteln konnte, da dieser als Pseudonym, wie unter anderen als „Teobald Tiger“ und „lWoelkChen“ u.s.w. auftrat. Nur durch den gerechtfertigten Schriftsatz des Unterzeichners vom Datum, der jedoch gleichwohl die Grundlage der Anklage fuer eine angebliche Verleumdung darstellte, konnte der Strafantragsteller als Links-

extremer Oberhetzer aus ANTIFA-SA Stadt mit den vorstehenden Pseudonymen als gerichtsfest identisch ermittelt werden.

Der Unterzeichner hat dazu bereits beim Staatsanwalt **Istunsbekannt** eine Wiedereinsetzung des eingestellten Ermittlungsverfahrens beantragt.

Im Ergebnis ist nun durch den Unterzeichner zu konstatieren, dass durch Ihre Staatsanwaltschaft mehrere von diesem angestossene Strafermittlungsverfahren eingestellt wurden, obwohl die Beweislage eindeutig und die vorgetragenen Belastungsmomente ausreichend waren. Insbesondere der mangelnde Austausch der Staatsanwaelte untereinander, wie auch die bewusste Nichtweitergabe an den Staatsschutz fuer Ihre Staatsanwaltschaft hergereichte Beweismittel bedingten diesen rechtlich unhaltbaren Zustand, der unstreitig zu einer Benachteiligung des Unterzeichners fuehrte.

Den Ausfuehrungen des Unterzeichners in seinen drei Begrueundungsschreiben koennen Sie entnehmen, dass insbesondere der polizeiliche Staatsschutz Berlin beim LKA 5 eine wesentliche negative Beeinflussung vom Unterzeichner angestossener Strafermittlungsverfahren, trotz klarer und eindeutiger Beweislage, zu verantworten hat, was der Unterzeichner nun durch Herrn Staatsanwalt **Istunsbekannt** entsprechend aufarbeiten laesst.

Der Unterzeichner kann sich also gluecklich schaetzen, als Angeklagter auf muendlichen Antrag in der Geschaefsstelle der Richterin am Datum im Nachgang doch noch eine Akteneinsicht erhalten zu haben, die alle seine Vorhaltungen und Beweise bestaetigte, somit fraglich ist, warum ihm dies 2 Monate vorher noch durch die Staatsanwaeltin, Frau **Istbekannt**, verweigert wurde.

Im Ergebnis kann der Unterzeichner deshalb darauf abstellen, dass die von ihm wiederholt vorgetragenen Rechtfertigungsgruende durch die hier einem Beschwerdeverfahren unterzogenen Richterin und dem Staatsanwalt entweder gar nicht geprueft, oder auf Grund seines „Ansehens der Person als sogenannter Reichsbuerger“ von vornherein verworfen wurden. An dieser Stelle sei auf dessen Ausfuehrungen im Besonderen hingewiesen, die den Aspekt der Verweigerung der Beruecksichtigung seiner strafprozes-

sual relevanten Entlastungsgruende entgegen der zwingenden Vorgabe der StPO in concreto ansprechen und damit dem Vorwurf der Besorgnis der Befangenheit die noetige Grundlage verschaffen.

Dem zustaendigen Strafgericht aus RichterIn und Staatsanwalt obliegt es als Verpflichtung aus Gesetz durchgehend, im Sinne eines fairen Verfahrens, sachlich und objektiv gegenueber einem Angeklagten zu bleiben. Dieses Erfordernis beinhaltet auch eine politische Neutralitaet, selbst wenn der Angeklagte mit einem politischen Hintergrund vor dem Gericht steht.

Im gegebenen Fall kann der Unterzeichner fuer alle vorgebrachten Einlassungen, fuer das gegen ihn nun eingestellte Verfahren, nach wie vor die erforderlichen Beweismittel beibringen, die ihn absolut entlasten wuerden.

Insofern ist ergaenzend fraglich, warum zum Termin der Hauptverhandlung kein einziger von ihm benannter Entlastungszeuge durch das zustaendige Gericht geladen wurde. Nach hoechstrichterlicher Rechtsprechung und nach der (vor-)herrschenden Meinung in der Jurisprudenz besitzt eine StrafrichterIn in einem Verfahren zum Strafbefehl wohl das Recht, die Beweisaufnahme vom Umfang zu bestimmen und damit auch zu beschaenken. Das Recht auf rechtliches Gehoer aus Art.103 GG und das Recht auf ein faires Verfahren nach dem EMRK setzt dieser Umfangsbestimmung jedoch sehr enge rechtliche Grenzen. In diesem Fall haette, wegen des umfangreichen Sachvortrages, der schon eindeutig das Vorbringen aller erforderlichen Entlastungsmomente zu Gunsten des Angeklagten konkret andeutete, eine Entlastungszeugenladung erfolgen

m u e s s e n,

um sich nicht in den Bereich der rechtlich unzulaessigen und damit falschen angreifbaren Prozessfuehrung zu bringen, die bis zum BVerfG mittels Urteilsverfassungsbeschwerde als Vorwurf Bestand haben wuerde.

Wie oben bereits ausgeführt, erschien der einzige Zeuge als Belastungszeuge nicht fristgerecht, will heissen, dieser erschien erst nach protokollierter Beschlussfassung der Einstellung nach Paragraph 153 StPO vor dem zuständigen Gericht.

Dieser gab auf Befragen durch die Richterin an, sich durch die Einlasskontrolle verspäet zu haben. Wegen der von diesem nachweislich angestifteten und bedingten Pogrome gegen den Gewerbebetrieb des Unterzeichners und den sonstigen Bedrohungen von dessen Seite zum Nachteil der ganzen Familie des Unterzeichners, ueberwacht der parteieigene Gegenverfassungsschutz den Strafanzeigenden seit einiger Zeit. Auf Grund eines Fotos zu dessen Person im Internet und einer aktuellen Eigenaufnahme war ein Erkennen sowohl im Bahnverkehr, als auch bei der Einlasskontrolle im Gerichtsgebäude kein Problem fuer das Observationsteam, und von diesem kann bestaetigt werden, dass der Strafanzeigende die Verzoeigerung bewusst herbeigefuehrt hat, wohl wissend, dass er vom Unterzeichner mit allen rechtlich erheblichen Beweisen, die am Ende gegen ihn sprechen koennten, konfrontiert werden wuerde.

Rufen Sie sich bitte dazu ins Gedaechnis, dass es sich, wie bereits ausreichend ausgeführt, bei diesem Zeugen um einen Mann handelt, der im Internet unter etlichen Pseudonymen, seit mehreren Jahren bisher nicht ermittelt und damit ungestraft, massiv gegen den Unterzeichner und dessen Familie hetzt und schwere diskreditierende und diffamierende Luegen verbreitet. Die Angabe des Unterzeichners, es gab eine bewusste Verzoeigerung durch den Zeugen, sollte nicht damit abgetan werden, dass es sich bei diesem um einen „Reichsbuerger“ handelt und deshalb der Andere schuetzenswerter erscheint.

Momentan pruefen wir, ob die Richterin und der Staatsanwalt davon vorab Kenntnis gehabt haben koennten, weil hinsichtlich der Einstellung des Verfahrens dermassen schnell durch die Richterin und den Staatsanwalt Einvernehmen bestand, dass dies nicht ausgeschlossen werden kann, zumal bis zur Hauptverhandlung alles darauf hindeutete, dass es zu einer Verurteilung, noch dazu mit einer hoeheren Geldstrafe, kommen wuerde.

Unbeschadet der Tatsache, dass der Unterzeichner das in Rede stehende Verfahren bis zur Hauptverhandlung an sich schon aus rechtlichen und tatsaechlichen Gruenden fuer

entbehrlich gehalten hat, lassen sich in einer Gesamtbeurteilung klar erkennbare Rechtsfehler ausmachen, die in dieser Beschwerde bereits angesprochen wurden.

Bezugnehmend auf den Inhalt der drei Schriftsaetze mit ihrer inhaltlichen Begrueundung zum Einspruch gegen den Strafbefehl, hat der Unterzeichner darauf bis heute keine Antwort auf seine im Verfahren gestellten Strafanzeigen durch die Richterin bzw. den Staatsanwalt erhalten. Fraglich ist insofern, ob seitens der Richterin zur „Strafverfolgung von Amts wegen“ ueberhaupt eine Amtsermittlungspflicht gegeben sein koennte. Der Unterzeichner bezieht sich dabei auf die herrschende Meinung und den wesentlichen Entscheidungen des BGH St, wonach dies dann nicht der Fall ist, wenn es in concreto Strafanzeigen eines Verfahrensbeteiligten betrifft, die den zu verhandelnden Gegenstand, hier den Strafbefehl, konkret betreffen. Dies ist hier jedoch zu verneinen, weil die Straftatbestaende entweder wesensfremd zum Hauptverfahren oder einfach vor oder nach diesem Verfahren als gegeben anzusehen sind. Desweiteren liegt in der angezeigten weiteren Bedrohung und erneuten angezeigten Verleumdung/Uebeln Nachrede, zwei vom Verfahren unabhaengige Sachverhalte vor, auch wenn der Tatverdaechtige mit dem Strafanzeigenerstatter im gegen den Unterzeichner gefuehrten Verfahren identisch ist.

Mindestens Gleiches, jedoch auch wesentlich enger von der Verpflichtung, gilt im Uebrigen auch nach hoechstrichterlicher Rechtsprechung fuer den hier ebenfalls angegriffenen Staatsanwalt.

Der Unterzeichner hat drei strafrechtlich relevante Sachverhalte als Verdachtsaeusserung in seinen Strafanzeigen im Bereich der letzten beiden Monate in seinen drei Schriftsaetzen der Staatsanwaltschaft „auf anderem Weg“ zur Kenntnissnahme gebracht und kann nach den Vorschriften der StPO zu recht erwarten, dass seine Anzeigen verfolgt werden. In Bezug auf die erneute Bedrohung durch Einwerfen zweier Gewehrpatronen in den Briefkasten des gemeinsamen Gewerbebetriebes des Unterzeichners, gab es durch Ermittlungsbehoerden bis heute keine Kontaktaufnahme. Weder wurden die Beweismittel abgeholt, noch sonstige Massnahmen gegenueber dem Betroffenen getaetigt. Der Unterzeichner hat die beiden Patronen nun gesichert an seiner Wohnanschrift zur Abholung liegend. Angesichts der schwere eines solchen Deliktes ist die Nichtreaktion da-

her mehr als befremdlich, zumal es die insgesamt dritte Bedrohung dieser Art ist zum Nachteil des Unterzeichners, dessen Ehefrau und seiner beiden Kinder.

Es gibt auch hinsichtlich der beiden weiteren angezeigten Straftaten keine Hinweise, Angaben oder Mitteilungen dazu an den Unterzeichner seitens Ihrer Strafverfolgungsbehörde, was diese gedenkt dazu zu unternehmen.

Im Raum steht somit in mindestens drei Fällen der Verdacht einer Strafvereitelung im Amt durch die Richterin und dem Staatsanwalt des gegen den Unterzeichner geführten Verfahrens. Sollten tatsächlich bisher keinerlei Überlegungen stattgefunden haben, diese Verdachtsmomente auf ihre Tragfähigkeit für ein Ermittlungsverfahren zu prüfen, dürfte der konkrete Verdacht einer Strafvereitelung im Amt durchgreifen.

Der Unterzeichner versuchte bisher in guter Kooperation und im Einvernehmen mit Ihrer unterstellten Staatsanwaltschaft in Bezug auf festgestellte und feststellbare Straftaten, insbesondere aus dem Bereich der Antifa-SA im örtlichen Umfeld seines Gewerbebetriebes, Hinweise zu geben, Beweismittel zu sichern und bereitzustellen und sonst als Zeuge zur Verfügung zu stehen. Bisher hat Ihre Staatsanwaltschaft daran erfolgreich partizipieren können, weil ihr dadurch Straftäter zugeführt wurden, die dieser ansonsten nicht habhaft geworden wäre.

Es ist sehr bedauerlich, dass sich nun durch die Akteneinsicht des Unterzeichners erwiesen hat, dass ausgerechnet der polizeiliche Staatsschutz offensichtlich parteipolitisch instrumentiert bzw. motiviert schwere Straftaten gedeckt und der Strafverfolgung entzogen hat. Hinsichtlich der Angelegenheit „Rigaer Strasse 94“ lässt sich dies sogar einwandfrei gerichtsfest nachweisen, weil die hergereichten Fotos und sonstigen Beweismittel von unserer Seite dazu nicht weiter verwertet und Ihrer Staatsanwaltschaft zugeleitet wurden und auch keine weitergehenden Kontaktaufnahmen und darauf basierend ein Informationsaustausch stattfand. Erst das Einbinden der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe, über die 11 dort parallel eingereichten Strafanzeigen wegen versuchten Mordes gegen die Antifa-SA, im Bereich Rigaer Strasse, führten am Ende zu den bisherigen erfolgreichen Massnahmen im Haus Nr. 94. Beschaemend für den Unterzeichner als Polizeibeamter ist dabei der Umstand, dass alle einst von ihm beim

Staatschutz an- und vorgetragenen und nachgewiesenen Beweismittel schwerer Straftaten, auch tatsaechlich im betreffenden Haus gefunden werden konnten. Bedauerlich ist auch, dass trotz Taeterbeschreibung und Hauszuordnung noch kein Taeter der Antifa-SA bei Ihnen vor Gericht steht.

In dieser Beziehung muss sich etwas grundlegend aendern.

Wie Sie den Angaben des Unterzeichners in seinen drei Schriftsaetzen entnehmen koennen, haben wir auf Grund des Fehlverhaltens Ihrer RichterIn und des Staatsanwaltes sogar die Zusammenarbeit mit jeglichen Sicherheitsbehoerden bis auf Weiteres suspendiert.

Wir sind jedoch nach wie vor tagtaeglich im Bereich der Rigaer Strasse mittels Observation vor Ort und haben erneut eine Menge an Beweismitteln und Taeterbeschreibungen verfuegbar, insbesondere zu den letzten schweren Brandanschlaegen und Sachbeschaedigungen der Antifa-SA „Nordost“. Auch wenn unsere Drohnenueberwachung rechtlich unzuessaessig waere oder rechtlich eine Grauzone darstellt, koennen die von uns betrachteten Straftaten auf dem Steuerungsbildschirm wie „Augenzeugen vor Ort“ eine rechtliche Bedeutung haben. Der Staatsschutz und Ihre Staatsanwaltschaft zeigte bisher daran aber kein Interesse, was wir respektieren, aber nicht akzeptieren.

Die von der Beschwerde betroffene und angegriffene RichterIn heisst Frau **Bekannte**.

Der von der Beschwerde angegriffene Staatsanwalt heisst Herr **Bekannter**.

Betreff: Staatsanwalt Istauchbekannt

Der Unterzeichner verweist an dieser Stelle auf seine Strafanzeige als Wiedereinsetzung in ein bereits eingestelltes Verfahren an Ihren Staatsanwalt, Herrn **Istauchbekannt**, auf

die auch im in Rede stehenden Verfahren, das hier mit einer Beschwerde angegriffen wird, hingewiesen wurde.

In Bezug auf den Staatsanwalt, Herrn **Istauchbekannt**, den der Unterzeichner persönlich noch **nicht** kennt, bittet dieser Sie um einen Eintrag einer Belobigung in dessen Personalakte fuer seine bisher vorbildliche Arbeit, die in vollem Umfang rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprochen hat. Der Unterzeichner will sich auf diesem Weg nicht bei diesem dafuer bedanken, dass er das Verfahren gegen ihn in Bezug auf die angebliche „Gewaltdarstellung via Facebook“ eingestellt hat, sondern zum Ausdruck bringen, dass sachliches und politisch wertneutrales Ermitteln hier vorbildlich beachtet wurde.

In Erwartung Ihrer geschaetzten Antwort verbleibt der Unterzeichner mit freundlichem Gruss

.....

Ferdinand Karnath, Berlin, den Datum

Vier Anlagen